

Beantwortung der Fragen der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke BW

Lahr, 21. Februar 2021

Regina Sittler

Landtagskandidatin WK50

regina@regina-sittler.de
<http://www.fdp-lahr.de/>

FDP-Stadtverband Lahr
Saarstraße 2
77933 Lahr/Schwarzwald
T: +49 (0)162/ 174 63 28

- 1. Wie wollen Sie die Finanzierung der dringend notwendigen Energiewende in Zukunft organisieren? Streben Sie an, die Kosten für die Energiewende fair zu verteilen? Planen Sie z.B. die direkte und indirekte Subventionierung der atomaren und fossilen Energieträger zu beenden? Halten Sie eine nationale Schadstoffsteuer zur Internalisierung der externen Kosten, also zum Ausgleich für entstehende Schäden, für ein geeignetes Instrument, um die Umstellung auf Erneuerbare Energien zu beschleunigen? Sind Sie dafür, Kohlekraftwerke möglichst schnell mit Entgiftungsanlagen zu versehen, wie sie in den USA Standard sind, um den Quecksilbergehalt in Flora, Fauna und dann im Menschen zu reduzieren? Bis wann soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen?**

Um die Konsequenzen des Klimawandels zu mindern, muss eine Energiewende stattfinden. Dabei bekennen sich die Freien Demokraten zu den Klimazielen des Pariser Abkommens und dem weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien. Unsere Energiepolitik muss marktwirtschaftlich und europäisch gestaltet werden. Wir sind überzeugt davon, dass jeder Energieträger eine Chance erhalten muss sich zu behaupten, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten, die ökologisch und ökonomisch ist.

Eine dauerhafte Subvention von erneuerbaren Energien sehe ich weder als finanzierbar noch nachhaltig an. Die bisherige Energiepolitik konnte in Deutschland weder wirtschaftlich noch ökologischen Nutzen erbringen. In Deutschland sind die Bürger von den höchsten Strompreisen in Europa belastet. Der Ausbau von erneuerbaren Energien konnte ebenfalls unsere Emissionswerte in den letzten Jahren kaum vermindern.

Der Emissionshandel konnte sich als ein erfolgreiches Instrument bewähren, sofern er mit klar definierten Emissionsobergrenzen gesetzt wird. Die Treibhausgasemissionen, die in Deutschland zurückgegangen sind, können sich vor allem auf den Emissionshandel zurückführen. Aus diesem Grund glaube ich, dass man diesen ausweiten und weiterentwickeln soll. Man muss ebenfalls den Raum für neue innovative Ansätze schaffen, die möglicherweise deutliche bessere Ergebnisse vorzeigen können, dabei ist eine Kooperation zwischen den Nationen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union unabdingbar, da die Energiewende global gesehen werden muss.

Die Braunkohle ist immer noch der zweitwichtigste Energieträger in Deutschland und in Anbetracht, dass bis zum Jahr 2022 die verlorene Leistungen der Kernkraft ersetzt werden muss, ist ein Kohleausstieg in der näheren Zukunft unrealistisch, dies darf jedoch nicht als Grund genommen werden, um nicht zu handeln

Neben der erneuerbaren Energien sind notwendige und relative Ergänzungen notwendig, wie moderne Gaskraftwerke oder innovative neue Energieerzeuger, die, in Vergleich zur Kohle, eine umweltfreundliche Möglichkeit geben Energie zu generieren.

Bei jedem Energieträger dürfen die Aspekte des Transports und Speicherung nicht außer Acht gelassen werden, genauso braucht Baden-Württemberg leistungsfähige Übertragungsnetze, um eine für den Bürger bezahlbare Versorgung sicherzustellen.

Die Emissionsgrenzwerte für Quecksilber fällt in dem Kompetenzbereich des Bundes.

- 2. Welche Sichtweise vertreten Sie in Bezug auf die zukünftigen Rollen und Handlungsspielräume der folgenden vier Akteure in der Ausgestaltung der Energiewende in Baden-Württemberg: 1. bürgerschaftliche Akteure, 2. kleine und mittelständische Unternehmen, 3. kommunale BetreiberInnen, 4. Energiekonzerne?**

Die Energiewende in Baden-Württemberg kann nur in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext gesehen werden, damit diese gelingt und Wirkung zeigt. Als Landtagskandidatin stehe ich für eine finanzierbare und vor allem technologieoffenen Ansatz. Für eine Politik welche im gemeinsamen Dialog mit Betreibern vor Ort, Unternehmen und anderen Akteuren, eine auf Fakten basierende Energiepolitik betreibt und dabei Entscheidungen trifft, die die unterschiedlichen Lagen in den Standorten berücksichtigt.

- 3. Halten Sie es für notwendig, die Umstellung auf Erneuerbare Energien in Zukunft deutlich zu beschleunigen? Falls ja, welche Rolle spielt für Sie hierbei die Wasserkraft? Die aktuelle Landesregierung sieht die Ausbaupotenziale der Kleinwasserkraft als erschöpft an. Teilen Sie diese Meinung?**

Der Klimawandel stellt eine große Herausforderung für uns dar und muss mit verschiedenen Maßnahmen begegnet werden, darunter auch die Stärkung von erneuerbaren Energien. Wir Freien Demokraten möchte hier jedoch nicht eine Energieart von oben herab diktieren, sondern einen Wettbewerb zwischen emissionsarmen Energieträgern ermöglichen, um Wirtschaftlichkeit und Innovationen zu stärken, da zum aktuellem Zeitpunkt es unmöglich zu sagen ist, welche Energieträger die Gesellschaft in der Zukunft antreiben werden.

Der bisherige Ausbau von erneuerbaren Energien hat nur zu wenigen CO₂-Reduktionen geführt, dies hatte mehrere Gründe. Als im Jahr 2011 in Deutschland der Atomausstieg beschlossen worden ist und in den folgenden Jahren mehrere Atomkraftwerke stillgelegt wurden, wurde die dadurch

resultierende geminderte Energieproduktionen durch Fossile Energieträger ausgeglichen. Genauso konnte Deutschland und auch Baden-Württemberg aus der vergangene Energiepolitik nicht profitieren, so lässt sich unter den zehn größten Herstellern von Solarmodulen kein deutsches Unternehmen finden, trotz erheblichen Subventionen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien darf deswegen nicht forciert stattfinden, sondern muss unter Aspekten der Wirtschaftlichkeit und Effektivität geschehen.

Mit rund 8 Prozent macht Wasserkraft ein wichtigen Teil des baden-württembergischen Stromsektors aus. Wasserkraft bietet in Vergleich zu anderen erneuerbare Energiequellen eine höhere Zuverlässigkeit, was gerade im ländlichen Raum für die Stabilisierung von schwachen Netzen von Bedeutung ist. Als Landtagskandidatin glaube ich, dass die Wasserkraft eine wichtige Rolle in unserem Energiemix hat.

Der Ausbau von Wasserkraftwerken unterliegt den Bedingungen vor Ort und durch unsere bereits hohe Dichte an Wasserkraftanlagen, wird ein Großausbau wahrscheinlich nicht möglich sein.

Ich bin der Ansicht, dass sofern es keine rechtlichen und ökologischen Gründe gegen den Bau einer neuen Anlage gibt, man diesen auch nach einer fachlichen Analyse tätigen kann.

4. Jede Kilowattstunde emissionsfrei erzeugten Stroms zählt im Kontext der Energiewende und des Klimaschutzes. Angesichts der akuten Klimakrise darf keine vorhandene und bewährte Technologie zur klimaneutralen, grundlastfähigen Energieerzeugung ausgeschlossen werden:

„Bei der Verwirklichung der Klimaschutzziele nach § 4 Absatz 1 kommt der Energieeinsparung, der effizienten Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu. Dies gilt auch, wenn es sich im

Einzelfall um geringe Beiträge zur Treibhausgasminderung handelt.“ (§ 5 Klimaschutzgrundsatz, Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in BW).

Wie möchten Sie die Kleine Wasserkraft beim Ausbau aktiv unterstützen?

Da Wasserkraftanlagen eine bessere Zuverlässigkeit genießen, als die Solar- und Windenergie, da diese weder wetter- noch tageszeitbedingte Ausfälle haben, können sie eine wichtige Nische bei den erneuerbaren Energien erfüllen. Dementsprechend ist ein Ausbau wünschenswert. Hierbei müssen jedoch auch wirtschaftliche und ökologische Faktoren im jedem Einzelfall, mit eingerechnet werden.

Ich persönlich bin der Ansicht, dass durch einen offenen Leistungsmarkt und den Streichungen der Subventionen von Energieträgern, welche ökologisch und wirtschaftlich nicht tragbar sind, kleine Wasserkraftwerke die Möglichkeit erhalten, unter fairen Bedingungen, ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

5. Alle erneuerbaren Energien sollten in Baden-Württemberg gleichermaßen berücksichtigt werden. Baden-Württemberg agiert nicht isoliert, sondern ist eingebunden in die Bundes-, EU- und internationale Politik. Sollen die globalen Ziele mit lokalen Maßnahmen erreicht werden, muss es oberste Priorität sein, jede Technologie, die eine schadstofffreie Stromerzeugung ermöglicht, zu fördern und sie als Teil des Ganzen zu betrachten. Jede einzelne Technologie erfüllt bestimmte Anforderungen, die wir an das System der Zukunft stellen – aber keine Technologie kann alle Ansprüche alleine erfüllen. Wir brauchen deshalb den Technologie-Mix.

Wie sehen Sie die Rolle der Kleinen Wasserkraft in einem solchen Technologie-Mix? Wie kann ihre Rolle gestärkt werden?

Ich sehe die Rolle der Wasserkraft, in diesem Energiemix, als eine sinnvolle Ergänzung zu den anderen erneuerbare Energien, welche durch eine höhere Zuverlässigkeit schwache Netze im ländlichen Raum stabilisiert und ökonomisch gesehen auch mehrere Arbeitsplätze zu Verfügung stellt.

- 6. Der baden-württembergische Kleinwasserkraft-Sektor möchte als wichtiger Akteur an der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie mitwirken und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit ökologische Maßnahmen zur Herstellung des guten ökologischen Zustandes umsetzen. Dies ist mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden, wobei die Einnahmen der Betreiber über das EEG oder die Direktvermarktung nahezu gleichgeblieben sind. Die Wasserkraft übernimmt wichtige Funktionen in Hochwasserschutz, Grundwasserhaushalt und bei der Entmüllung unserer Gewässer.**

Wie möchten Sie die Finanzierung ökologischer Maßnahmen an Anlagen der Kleinen Wasserkraftanlagen unterstützen? Könnten Ihrer Meinung nach Ökopunkte hier zukunftsweisend sein?

Ökologische Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Gewässer sind für uns Freie Demokraten wichtig. Wir stehen aber auch eindeutig zur wirtschaftlichen Nutzung von Gewässern, diese gehört seit Jahrhunderten zu unserem Leben. Dementsprechend sollten die Fragen der Wirtschaft und des Umweltschutzes ganzheitlich betrachtet und sinnvolle Lösungen im Sinne beider Bereiche gesucht werden. Eine einseitige, ständig fortschreitende Verschärfung von Auflagen für wirtschaftliche Betätigung, für die es im Sinne solcher Kompromisse keine zwingende ökologische Begründung gibt, lehnen wir ab. Die Anerkennung einer Maßnahme als ökokontofähig ist nur möglich, soweit für deren Durchführung keine Rechtsverpflichtung besteht. Wenn auf der Grundlage des Wasserrechts eine Ökologisierung einer bestehenden

Wasserkraftanlage angeordnet ist, kann die Maßnahme daher nicht in das Ökokonto aufgenommen werden.

- 7. In § 35 Wasserhaushaltsgesetz ist festgelegt, dass Behörden alle bestehenden Staustufen in Bächen und Flüssen, in denen Wasser herabstürzt und damit Energie freisetzt, auf deren Eignung zur Energiegewinnung prüfen müssen. Leider gehen die zuständigen Behörden dieser Pflicht nur selten nach. Wie gedenken Sie, die Verwaltung dazu anzuhalten, diese für die Energiewende unverzichtbare Aufgabe endlich anzugehen? Befürworten Sie die grundsätzliche Genehmigungspflicht von Wasserkraftanlagen, so wie es beim Bau von Wohnhäusern oder Industriebauten bereits der Fall ist? Befürworten Sie eine besondere Verantwortung der Wasserbehörden, dafür zu sorgen, dass an bereits bestehenden Querverbauungen Wasserkraftanlagen eingebaut werden?**

Die Information, dass die Behörden selten ihre Pflicht nachgehen und §35 des Wasserhaushaltsgesetz umsetzen halte ich für sehr kritische und dies gilt es auf jeden Fall zu überprüfen, unabhängig vom Ergebnisses der Landtagswahl.

Bei den Genehmigungen von Wasserkraftanlagen haben mehrere Betroffene verschiedene Interessen, die teils miteinander konkurrieren, hierbei gilt es einen Ausgleich zu ermöglichen, welcher ökonomische und ökologische Aspekte berücksichtigt.

Das Augenmerk der Freien Demokraten liegt jedoch darin optimale Bedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu schaffen. Das heißt konkret den Abbau von unnötiger Bürokratie, sachkundige Standortspolitik und schnelle Genehmigungsverfahren.

Die Wasserkraft ist eine ausgereifte Technologie und das wesentliche Potenzial der Wasserkraft liegt in der Modernisierung und Reaktivierung von vorhandenen Anlagen. Bei einem Ausbau von Wasserkraftanlagen müssen mögliche Umweltschäden berücksichtigt werden.

- 8. Wie stehen Sie zu einem transparenten Abwägungsprozess aller ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und klimabezogenen Belange nach Eingang eines Antrags zur Bewilligung oder zur Erlaubnis einer Wasserkraftanlage? Was werden Sie tun, um diesen Abwägungsprozess durchzusetzen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im wasserrechtlichen Verfahren die Stimme des Fischereireferenten und die des Experten für Wasserkraft künftig das gleiche Gewicht haben?**

Als Landtagskandidatin trete ich, in allen Bereichen, für einen fairen Interessenausgleich, in welchen die Abläufe und Verfahren für alle Beteiligten transparent und ersichtliche sind. Dementsprechend würde ich grundsätzlich den Vorschlag, im wasserrechtlichen Verfahren auch Experten für Wasserkraft, sowie Fischereireferenten, fachlich anzuhören zustimmen. Neben dem würde ich es ebenfalls als sinnvoll erachten, auch andere Akteure, wie Unternehmer oder Naturschützer, am Prozess zu beteiligen.